



Marburg, 19.06.2023

Eingang: 22.06.2023

TOP: 10

Fraktion DIE LINKE

Lfd.Nr. 326/2023 KT

Resolutionsantrag zur Kreistagssitzung am 14. Juli 2023

"Resolutionsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. "Auskömmliche Finanzausstattung der kommunalen Familie bei der Aufnahme von Geflüchteten gewährleisten. Das Recht auf Asyl in Europa beibehalten: Marburg-Biedenkopf zum sicheren Hafen erklären"

Beschluss:

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf appelliert an die hessische Landesregierung,

- 1.) die Pauschale zur Abgeltung der Aufwendungen für die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten deutlich anzuheben und der gestiegenen Inflation anzugleichen.
- 2.) Das Integrationsgeld nicht nur als einmalige Beihilfe zu gewähren, sondern für die Dauer des gesamten Asylverfahrens.
- 3.) Eine Anpassung des Personalschlüssels und der damit verbundenen Personalkosten der kommunalisierten Ausländerbehörden vorzunehmen, die sich an der Zuweisung bzw. den tatsächlichen Fallzahlen orientieren und den Mehraufwand mitberücksichtigt.
- 4.) Die Kosten für die Errichtung von Notunterkünften zu finanzieren.
- 5.) Mehr Integrations- und InteA-Klassen in Hessen einzurichten und Gemeinden und Städte stärker bei der Errichtung und Erhaltung von Kitaplätzen zu unterstützen.

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf appelliert an die Bundesregierung,

Die Kosten der Unterkunft auskömmlich zu finanzieren. Migrationsberatungsstellen, Sprachkurse und Bildungsangebote und die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten durch Bundesmittel und Programme zu fördern, erweitern und gegenzufinanzieren.

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf erklärt:

Menschen auf der Flucht müssen weiterhin einen Zugang zu fairen und effektiven Asylverfahren auf europäischem Boden bekommen. Landkreise und Städte brauchen dementsprechend eine auskömmliche Finanzierung für die Unterbringung, Integration und das zusätzliche Personal.

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf spricht sich gegen die GEAS-Reform aus und lehnt es ab, dass Asyl-Schnellverfahren in geschlossenen Lagern an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden sollen und Menschen ohne rechtliche Vertretung in sichere Drittstaaten abgeschoben werden können.

Als klares Zeichen der Solidarität mit aus Kriegs- und Krisengebieten flüchtenden Menschen erklärt der Landkreis Marburg-Biedenkopf seinen Beitritt zum kommunalen Bündnis ‚Sichere Häfen‘.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf setzt sich insbesondere gegenüber dem Land Hessen und der Bundesrepublik Deutschland dafür ein, dass rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, mit deren Hilfe es aufnahmebereiten Kommunen ermöglicht wird, Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus selbstbestimmt aufzunehmen.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf unterstützt die "Initiative 200 nach Marburg" und erklärt seine Aufnahmebereitschaft an einem solchen Programm.

Begründung:

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf hat eine lange Tradition in der Integration von zugewanderten Menschen und viele ehrenamtlich arbeitende Initiativen und Vereine in dem Bereich der "Flüchtlingshilfe".

Der Fraktion DIE LINKE ist allerdings bewusst, dass Integration nur langfristig gelingen kann, wenn genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden und Menschen eine echte Bleibeperspektive bekommen und nicht ständig von dem Szenario Abschiebung bedroht sind. Die kommunale Familie darf hier nicht alleine gelassen werden und braucht mehr finanzielle Hilfen durch Bund und Land, aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, Menschen in die Sozialsysteme zu integrieren.

Seit 2015 haben Kriege, Konflikte und politische Verfolgung weltweit zugenommen. Aus Krisenländern wie Syrien, Afghanistan, Eritrea und seit 2022 nun auch aus der Ukraine fliehen immer mehr Menschen aufgrund von Krieg und Verfolgung. Im Landkreis wurden 2022 insgesamt 3.673 Geflüchtete aufgenommen. 2953 aus der Ukraine. Die übrigen 720 Geflüchteten kamen überwiegend aus Afghanistan, Syrien, der Türkei, der russischen Föderation und dem Irak.

Zurecht hat man beschlossen: Geflüchtete aus der Ukraine europaweit aufzunehmen und ohne große Hindernisse Hilfe zu leisten.

Für alle anderen Geflüchteten aus Kriegs- und Krisengebiete gilt dies jedoch nicht:

Obwohl die Überquerung des zentralen Mittelmeers als die weltweit tödlichste Route für Migranten und Flüchtlinge gilt, wagen jährlich Zehntausende auf oft kaum seetüchtigen Booten die gefährliche Überfahrt.

Das Bootsunglück vor Griechenland mit hunderten Toten ist mit aller Wahrscheinlichkeit durch sogenannte Push-Backs verursacht. Darunter versteht man Maßnahmen, mit denen flüchtende Menschen daran gehindert werden, die Grenze zu übertreten und einen Asylantrag zu stellen.

Daran sieht man: Viele Geflüchtete werden schon jetzt an den Außengrenzen abgefangen: Die Zustände an den europäischen Grenzen sind dabei unhaltbar. Flüchtlinge leben derzeit in Lagern in Libyen oder im völlig überlaufenen Camp Moria auf Lesbos, Menschen harren in Marokko an der Grenze zu Spanien aus, aber auch an der Grenze zu Polen.

Die beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) bedeutet eine Legalisierung illegaler Pushbacks und die Aushebelung des Flüchtlingsschutzes und eine Verletzung grundlegender Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. In verpflichtenden Grenzverfahren sollen Fluchtgründe ignoriert und Schutzsuchende stattdessen in unsichere Drittstaaten abgeschoben werden. Das Dublin-System soll beibehalten und sogar verschärft werden, anstatt echte Solidarität zu entwickeln.

Die Bundesregierung hatte bei ihrem Amtsantritt zugesagt, sich für bessere Standards für Schutzsuchende in den Asylverfahren auf europäischer Ebene einzusetzen und in Deutschland eine vereinfachte Einbürgerung und Integration zu gewährleisten. Beides ist nicht passiert: Die Bundesregierung betreibt eine Politik der Abschottung, die das Recht von Flüchtlingen in Frage stellt und stellt den Kommunen schon jetzt nicht ausreichend Mittel für die Kosten der Unterkunft und Integration zur Verfügung. Auch das Land Hessen beteiligt sich unzureichend an den notwendigen Kosten der Integration.

Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits 267 deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. In Hessen sind darunter die Städte Gießen und Marburg in Mittelhessen sowie Darmstadt, Groß-Gerau, Kassel und Wiesbaden. Gemeinsam mit anderen deutschen und europäischen Städten setzen sie sich für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein. Konkret bedeutet dies: sich im Rahmen der rechtlichen, finanziellen und tatsächlichen Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden – einen sogenannten Sicheren Hafen. Dazu gehört auch die Unterstützung lokaler Flüchtlingshilfen und Initiativen, wie z.B: '200 nach Marburg.'

Die eigenständige Aufnahme durch die Länder (und in deren Folge durch die Kommunen) konzentriert sich bislang vor allem auf 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz. Diese Vorschrift lässt Ausnahmen aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen zu. Sie setzt jedoch das Einvernehmen des Bundesministeriums des Inneren voraus. Die Debatte wurde schon seit geraumer Zeit ohne Ergebnis geführt – und mit Verweis auf eine „europäische Lösung“ auch verschleppt. Eine Änderung des § 23 Abs. 1 AufenthG ist daher geboten. Sie sollte die Aufnahme in das Ermessen der aufnahmewilligen Kommune stellen. Natürlich müssen die zusätzlichen Kosten durch Bund- und Land bereitgestellt werden.

Durch die Erklärung zum Sicheren Hafen unterstützt der Landkreis Marburg-Biedenkopf diese Forderung ebenfalls. Sie gibt ihr ein weiteres zusätzliches Gewicht. Je mehr Kommunen dies tun, desto stärker wird der politische Druck auf die deutsche Bundespolitik.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf würde sich hierdurch auch klar gegen den Versuch der Aushöhlung der europäischen humanistischen Grundwerte und nicht zuletzt gegen eine Aushöhlung des ersten Artikels unseres Grundgesetzes stellen.

gez.:

Anna Hofmann
DIE LINKE



Marburg, den 09.07.2023

Eingang:

TOP: 10

Lfd.Nr.

SPD-Fraktion, CDU-Fraktion

Konkurrenzantrag zur Kreistagssitzung am 14.07.2023

Konkurrenzantrag der Fraktionen von SPD und CDU zum Resolutionsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. „Auskömmliche Finanzausstattung der kommunalen Familie bei der Aufnahme von Geflüchteten gewährleisten. Das Recht auf Asyl in Europa beibehalten: Marburg-Biedenkopf zum sicheren Hafen erklären“

Resolutionsantrag „Integration fördern – Die kommunale Ebene nicht überfordern“

Beschluss:

Der Kreistag bekräftigt sein Bekenntnis zum „Modell Marburg-Biedenkopf“ in der Integrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik. Damit ist es gelungen, dass wir einer der wenigen Landkreise sind, die bisher gänzlich ohne Notquartiere/Turnhallen o. ä. auskommen.

Gute Integrationspolitik ist nur möglich, wenn Zuweisungszahlen, finanzielle Unterstützung und die Kapazitäten vor Ort in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Sonst würde auch unsere – national wie international beachtete – Strategie dadurch gefährdet. Dazu gehört für uns auch die Erkenntnis, sich langfristig mit den Fragen von Integration und Unterbringung zu befassen – daran muss sich künftig die finanzielle Unterstützung maßgeblich orientieren, um humanitär wie auch integrativ langfristig agieren zu können.

Der Kreistag fordert daher Bundes- und Landesregierung auf, schnell wirksame Wege zu finden, um die Zahl der den Kommunen zugewiesenen Geflüchteten in einem für die Landkreise vertretbaren Rahmen zu halten sowie die Kommunen bei den entstehenden Mehrbelastungen finanziell nicht allein zu lassen und die Bereitschaft zu Integration und Miteinander vor Ort zu stärken.

Begründung:

Mit den „Sieben Leitsätzen“ des seit 2014 realisierten „Modell Marburg-Biedenkopf“ konnten vielfältige Erfolge erzielt werden:

(1) Unsere Unterbringungsstrategie mit dem Leitsatz „**Dorf statt draußen**“ hat erhebliche Wohnraumressourcen erschlossen und ermöglicht, die Menschen vor Ort unterzubringen, so dass Dialog und Kontakt mit den Dorfgemeinschaften und Nachbarschaften möglich wurden.

(2) Mit der Maxime „**Normalität statt Notquartier**“ und dem Grundsatz, keine Gemeinschaftsunterkünfte größer als 80-100 Bewohner zu schaffen, ist es gelungen, die Unterbringung in einer für

die Dorfgemeinschaften bzw. Stadtteile angemessenen Dimension zu halten und den Zugewanderten ordentliche Aufenthaltsqualität zu bieten. Das hat zur Akzeptanz in der Kreisgesellschaft und zur Minimierung von Konflikten maßgeblich beigetragen, wenngleich auch in unserer Region Probleme nicht verschwiegen oder vernachlässigt werden dürfen.

(3) Das Prinzip „**Kooperation statt Konfrontation**“ mit den Kommunen und anderen Akteuren, hat dafür gesorgt, dass wir die Herausforderungen der vergangenen Jahre stets einvernehmlich und solidarisch mit den Kommunen – ohne Streit und (Zwangs-)Zuweisungen – lösen konnten.

(4) Die Maxime „**Vernetzen statt Verwalten**“ hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die ehrenamtlichen Akteure sich maßgeblich und wirkungsvoll in die Gestaltung der Aufgabe(n) eingebracht haben. Den ehrenamtlich Aktiven gebührt für ihr überdurchschnittliches Engagement und ihre Tatkraft die Anerkennung der gesamten Kreisgesellschaft. In Kooperation mit Sozialverbänden, kirchlichen und sozialen Einrichtungen konnte so ein hohes Maß an Akzeptanz und örtlicher Unterstützung für die Integrationspolitik gewonnen werden.

(5) Das Prinzip „**Miteinkultur statt nur Willkommenskultur**“ hat dafür gesorgt, dass nach dem Prinzip des „Fördern und Fordern“ Teilhabe und Mitwirkung gefördert, zugleich aber auch Integrationsbereitschaft wirkungsvoll eingefordert werden konnte.

(6) Mit dem Leitbild „**Perspektiven statt Probleme**“ ist es gelungen, mit konsequenter Sprachförderung, Bildungsangeboten und innovativen Projekten wie z.B. „Voice“ oder dem „Arbeitsmarkt-büro für Flüchtlinge“ auch Akzente bei der Arbeitsmarktintegration zu setzen, wenngleich es auch in diesem Bereich (leider) noch eine Fülle von offenen und bisher nicht gelösten Herausforderungen gibt.

(7) Das Prinzip „**Integration statt Isolation**“ ist nicht nur im unmittelbaren Wirkungskreis des Landkreises erfolgreich umgesetzt worden, sondern in enger Kooperation mit dem staatlichen Schulamt ist es gelungen, dass für alle neuangekommenen Zugewanderten früh- und rechtzeitig hinreichend und bedarfsgerecht vor Ort Intensivklassen eingerichtet worden sind, so dass die Integration ins Bildungssystem deutlich besser gelungen ist als in vergangenen Phasen von starken Migrationsbewegungen.

All die obengenannten Aspekte haben maßgeblich dazu beigetragen, dass wir in Marburg-Biedenkopf nicht nur die Integrationsherausforderungen bzw. deren zahlenmäßige Höhepunkte in den Jahren 2014-2016 bewältigen konnten, sondern auch 2022 binnen weniger Wochen die Unterbringung von ca. 4.000 geflüchteten Menschen aus der Ukraine bewältigen konnten.

Derzeit gefährden aber externe Einflüsse die Fortsetzung der bewährten Politik:

– gerade dort, wo eine aktive, fördernde und fordernde Integrationspolitik betrieben wird, können zu hohe Zahlen an (wöchentlich) zugewiesenen Geflüchteten die Arbeit gefährden: wenn Notquartiere erforderlich werden oder die bewährte dezentrale Unterbringung unmöglich wird, bleibt Integration auf der Strecke und sinkt die Akzeptanz in der Kreisgesellschaft.

– gleiches gilt, wenn die Zahl der unterzubringenden Menschen in einer Weise steigt, dass nicht mehr hinreichend Fachkräfte für die soziale Betreuung und Begleitung zur Verfügung stehen: Dann werden so wichtige Aufgaben wie Bildungs- und Arbeitsmarktintegration nicht mehr oder nur noch bruchstückhaft möglich sein; die bewährte Politik des Förderns und Forderns wird damit zunichte gemacht.

– Auch die Bemühungen und Erfolge im Bildungssystem werden allzu schnell zunichte gemacht oder gefährdet, wenn nicht mehr die notwendigen Zahlen an Lehrerinnen und Lehrern für Sprachkurs, Intensivklassen o. ä. zur Verfügung stehen.

– Wenn die massiven finanziellen Mehraufgaben der Landkreise und Kommunen durch die Unterbringung von Geflüchteten nicht durch zusätzliche finanzielle Ressourcen kompensiert werden, droht schnell die Gefahr, dass andere, notwendige und sinnvolle kommunale Aufgaben eingeschränkt werden müssen.

– Wenn die Planungen nur auf Kurzfristigkeit ausgerichtet sind und damit Strukturen nicht nachhaltig vorgehalten werden können – wie bei der Einrichtung von Wohngruppen, die kurzfristig wegen mangelnder Finanzierung wieder eingestellt werden, oder auch Personalkapazitäten wieder freigesetzt werden, die man langfristig hätte binden müssen, um die auch in der Zukunft benötigten personellen, pädagogischen Kapazitäten vorhalten zu können.

Um so wichtiger ist es, dass auf Bundes- und Landesebene die parteiübergreifende von Kommunen und Landkreisen vorgebrachten Appelle ernst genommen werden und in ein wirkungsvolles und über tagesaktuelle Herausforderungen hinausgehendes, strategisch-planendes Miteinander bei der Bewältigung der Herausforderungen übergehen.

gez.:

Werner Hesse
SPD-Fraktion

Werner Waßmuth
CDU-Fraktion

Marburg, den 10.07.2023



An die Mitglieder der Stadt- und Kreisfraktionen in Marburg(-Biedenkopf)

Zeichen setzen gegen die rassistische EU-Migrationspolitik

Ein Bündnis von 21 Marburger Organisationen hat bereits am 6. Juni 2023 einen offenen Brief an die Mitglieder von SPD, Grünen, FDP und CDU gerichtet in der Hoffnung, die Zustimmung Deutschlands zur GEAS-Reform zu verhindern. Trotz deutschlandweiter Proteste und scharfer Kritik, unter anderem von ProAsyl, Amnesty International, dem UN-Menschenrechtsbeauftragten, Anwaltsverbänden und sogar Parteimitgliedern der Ampelkoalition selbst, hat Nancy Faeser am 8. Juni 2023 im EU-Rat der Reform zugestimmt. **Dass damit viele Marburger*innen nicht einverstanden sind, haben über 170 Personen am Weltflüchtlingstag mit einer Menschenkette durch die Oberstadt deutlich gemacht. Wir hoffen, dass der Kreistag Marburg-Biedenkopf und das Stadtparlament Marburg ein deutliches Zeichen gegen die rassistischen und menschenverachtenden Entwicklungen setzt, die sich auf EU-Ebene immer stärker durchsetzen und stattdessen einen konstruktiven, menschlichen Umgang mit Flucht, Migration und Zusammenleben sucht.**

Deshalb fordern wir Sie dazu auf, den Anträgen der Partei DIE LINKE "**Auskömmliche Finanzausstattung der kommunalen Familie bei der Aufnahme von Geflüchteten gewährleisten. Das Recht auf Asyl in Europa beibehalten: Marburg-Biedenkopf zum sicheren Hafen erklären**" sowie „**Den Beitritt zum sicheren Hafen ernst-nehmen: Für den Erhalt und die Stärkung des individuellen Rechts auf Asyl in Europa eintreten**“ zuzustimmen, über die am 14.07.2023 im Kreistag bzw. am 21.07.2021 in der Stadtverordnetenversammlung entschieden wird.

GEAS verstößt gegen internationales Recht

Die GEAS-Reform verstößt inhaltlich gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, für deren Umsetzung Deutschland eine besondere historische Verantwortung trägt. Zudem verstößt sie gegen den Koalitionsvertrag, in dem sich die Ampelparteien dazu verpflichtet haben, sich für den Schutz von Menschen an den europäischen Außengrenzen einzusetzen. Durch die GEAS wird es nun Haftlager und mehr Pushbacks geben, keinen Schutz. Auch mit der UN-Menschenrechtskonvention, vor allem mit Artikel 1 und 28, bricht die Reform. Gemeinsam mit der Instrumentalisierungsverordnung droht die weitere Aushöhlung des Asylrechts zu einer bloßen Floskel. (siehe gemeinsames Statement "Nein zur „Instrumentalisierung“ durch die Hintertür. Das Recht an den EU-Außengrenzen einhalten, nicht verbiegen"

https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Gemeinsames_Statement_GEAS_Nein_zur_Instrumentalisierung_durch_die_Hintert%C3%BCr_4.07.2023.pdf

Umgang mit Migration lenkt von tatsächlichen Problemursachen ab

Der aktuelle Umgang mit Migration und Flucht verhindert die Auseinandersetzung mit tatsächlichen Problemursachen: Geflüchtete werden zum "Spielball" in der EU-Politik, der vom eigentlichen Verhandlungsgegenstand, nämlich den ungleichen Kapazitäten zwischen den Mitgliedsstaaten, ablenkt. Auch für mangelnde finanzielle Mittel der Kommunen werden Geflüchtete verantwortlich gemacht. Dabei sollte klar sein, dass der Spardruck in der öffentlichen Daseinsversorgung oder die Konkurrenz um Wohnraum nicht dadurch aufhören, dass weniger schutzsuchende Menschen Deutschland erreichen. Migration fälschlicherweise als Problemursache zu präsentieren hat zum Zweck, von der steigenden Ungleichheit zwischen arm und reich abzulenken.

Außerdem wird vom Beitrag der deutschen und europäischen Wirtschafts- und Außenpolitik zu Fluchtursachen abgelenkt. Sei es durch den Zugriff auf Rohstoffe für die eigene Industrie, ungeachtet von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung, Rüstungsexporte an repressive und kriegsführende Staaten oder scheiternde Militäreinsätze wie in Afghanistan oder Mali.

Stadt und Landkreis können auch anders

Das Ankommen und Zusammenleben in unserer Gesellschaft braucht ausreichende Finanzierung. Damit soll sichergestellt werden, dass Geflüchtete in Marburg und Umgebung menschenwürdig untergebracht werden können, Zugang zu medizinischer Versorgung und rechtlicher Beratung, Sprachkursen und vielen anderen Integrationsmaßnahmen erhalten. Dies ist nicht nur das Mindeste, was für Geflüchtete nach ihrer oftmals traumatischen Flucht getan werden muss, sondern würde auch sozialen Spannungen vorbeugen. Der Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine, für die erstmals eine EU-Richtlinie umgesetzt wurde, die völlig im Kontrast zur GEAS-Reform und dem deutschen Asylbewerberleistungsgesetz steht, zeigt, welche Hürden, die für Geflüchtete aus anderen Ländern gelten, aus dem Weg geräumt werden können, wenn der politische und gesellschaftliche Wille da ist (<https://www.dstgb.de/themen/ukraine/schutz-fuer-menschen-aus-der-ukraine-massenzustrom-richtlinie/>).

Klare Positionierung gegen Rechtsruck

Die Analysen und Forderungen der Anträge sind auch deshalb so wichtig, weil sie sich klar gegen den immer restriktiveren Umgang mit Geflüchteten in der BRD und Europa stellen. Dieser restriktive, gewaltvolle Umgang resultiert unter anderem aus Hetzreden und Falschinformationen gegen bzw. über Geflüchtete, die vornehmlich von rechten Parteien und Regierungen geäußert werden. Es ist hochgradig beunruhigend, mit welcher Gewalt (verbal, rechtlich und sogar physisch) gegen schutzsuchende Menschen vorgegangen wird. Deshalb ist es umso wichtiger, sich öffentlich gegen dieses Klima zu positionieren. Setzen Sie sich dafür ein, dass Menschenrechte auch wirklich für alle Menschen gelten, dass internationales Recht eingehalten wird, auch und vor allem an den europäischen Außengrenzen. Setzen Sie sich dafür ein, dass rechte Stimmen nicht noch lauter werden, sondern unser Miteinander von Respekt, Toleranz und Menschlichkeit geprägt ist.

Seebrücke Marburg

Sea-Eye Gruppe Marburg

fridays for future Marburg

DIDF Jugend Marburg

Internationaler Jugendverein Marburg

Grüne Jugend Marburg-Biedenkopf

Initiative „200 nach Marburg“

Marburger Bündnis Nein zum Krieg

Freundschaftsverein Marburg-Kurdistan e.V.